



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

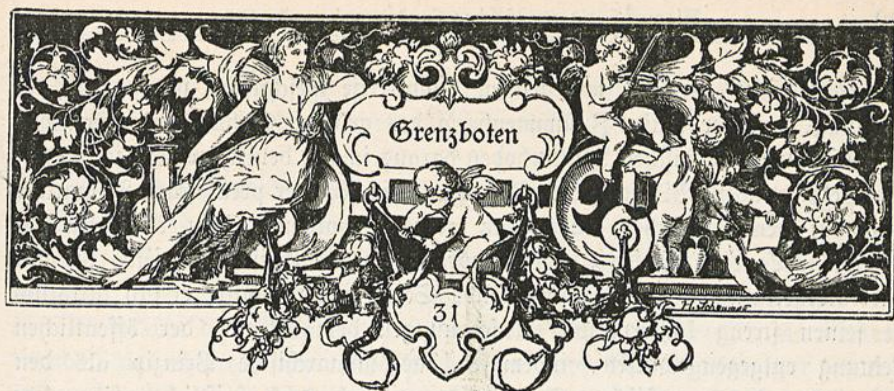
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Tschirch, Otto: Bismarck als preußischer Landtagsabgeordneter. 1.
Bismarcks erste Wahl im Wahlkreise Brandenburg-Westhavelland am 5.
Februar 1849

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Bismarck als preußischer Landtagsabgeordneter

Von Otto Tschirch

1. Bismarcks erste Wahl im Wahlkreise Brandenburg-Westhavelland
am 5. Februar 1849



ehn Jahre sind dahingegangen, seit der große Nationalheld im Sachsenwalde die Augen für immer schloß. Solange er lebte, hat seine gewaltige Kampfesnatur Parteiung erregt und erhalten, jetzt ist der Streit allmählich zum Stillstand gekommen, und es wird möglich, den ersten politischen Genius Deutschlands in rein historischem Lichte zu sehen. Da zeigt es sich immer deutlicher, daß der Mann, der der Gründer der deutschen Einheit, der Bezwinger tausendjährigen deutschen Haders wurde, mit seinem Denken und Fühlen tief in dem heimischen Boden der Mark wurzelt. In der Frühzeit seiner politischen Tätigkeit erscheint er unter den schwärmerischen Aposteln der deutschen Einheit als ein schroffer Preuße, der die deutschen Bestrebungen als windige Träume belächelt und unter den politischen Idealisten jener Zeit als ein unverstandener Realist, ein dreister Verteidiger des staatlichen Egoismus einherschreitet.

Will man den alten Bismarck richtig verstehn, so wird man nicht unterlassen dürfen, die Tage seiner ersten politischen Tätigkeit zu durchforschen, die Tage, wo er noch nicht in Frankfurt die Klinge mit den Diplomaten der Hofburg maß, sondern in der zweiten Kammer des preußischen Landtags als Vorkämpfer der alten preußischen Monarchie wirkte.

Seine Reden aus jener Zeit liegen längst gedruckt vor und geben uns ein klares Bild seiner damaligen politischen Anschauungen. Weniger bekannt ist die Geschichte seiner Wahlkandidatur und seiner Beziehungen zu dem märkischen Wahlkreise, der ihn dreimal in die zweite Kammer, einmal in das Volkshaus in Erfurt gewählt hat. Es ist mir gelungen, darüber manches neue Material an Briefen, Aufrufen, auch Bildern zusammenzubringen, das ich zum Teil schon an andrer Stelle veröffentlicht habe. Hier soll des jungen

Grenzboten III 1908

Parlamentariers Verkehr mit seinem Wahlkreise geschildert werden in der Hoffnung, daß der innige Zusammenhang des größten Sohnes der märkischen Erde mit seinem heimischen Mutterboden daraus immer deutlicher werden wird.

Bekanntlich ist Bismarck eigentlich durch die Not der preußischen Monarchie 1848 auf den politischen Kampfplatz gerufen worden. Sein Auftreten im vereinigten Landtage schien nur eine vorübergehende Episode zu sein, die mit seiner Verheiratung ihren Abschluß fand. Schon damals hatte er sich furchtlos mit seinen streng konservativen Anschauungen dem Strome der öffentlichen Meinung entgegengeworfen, indem er das monarchische Prinzip als den Rechtsboden des preußischen Staats betonte und den christlichen Charakter des Staatswesens scharf hervorhob. Aber er gedachte wohl, in den Hafen still ländlichen Glücks zurückzukehren, als die Revolution ihn in ihre Strudel riß. Zwar den parlamentarischen Körperschaften jenes Jahres blieb er fern, nachdem er noch im April 1848 dem vereinigten Landtage angehört hatte. Strebte doch den auf Volkssouveränität gegründeten deutschen Verfassungsplänen des Frankfurter Parlaments sein streng preußisches Fühlen ganz und gar entgegen.

In die preußische Nationalversammlung gewählt zu werden, hatte er sich „aus Gewissenspflicht“ bemüht, war aber in der demokratischen Hochflut nicht durchgedrungen. So verzehrte er sich in diesen stürmischen Tagen in leidenschaftlichen Versuchen, der königlichen Gewalt als Privatmann beizuspringen. Er versichert dem Herrscher in einem persönlichen Briefe seine unwandelbare Treue. Er läßt auf dem Turme von Schönhausen die Preußenfahne mit dem Eisernen Kreuz aufziehen, bewaffnet seine Bauern und sammelt das Landvolk der Umgegend, um dem Könige Hilfe zu bringen. Die entmutigten Generale sucht er zu einer rettenden Gewalttat aufzustacheln; dem König selbst, von dem er an den Hof gerufen wird, hält er schonungslos seine Schwäche vor. Er will die alte preußische Monarchie, die er leidenschaftlich verehrt, gegen König und Regierung durch seines Willens Wucht erretten. Die scheinbare Erfolglosigkeit seiner Bemühungen schreckt ihn nicht ab. Eifrig nimmt er teil an der Schöpfung einer konservativen Parteipresse und an der Tagung des „Junterparlamentes“, eines Kongresses der durch die neue Gesetzgebung bedrohten Großgrundbesitzer.

Neue Erregung ergriff ihn, als sich im Herbst Friedrich Wilhelm der Vierte der immer dreister vordrängenden Nationalversammlung gegenüber dazu ermannte, ein Ministerium zu berufen, das energisch die Kronrechte verteidigen sollte.

Bismarck hatte den größten Anteil daran, daß der wackere Ministerpräsident Graf Brandenburg Gefährten gewann, die bereit waren, an seiner Seite auszuharren. Auch als dann der Umschwung herbeigeführt wurde, die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt, der Versuch einzelner Abgeordneter, in Berlin weiter zu tagen, scheiterte, Brangel in die Hauptstadt einzog, die Bürgerwehr auflöste und den Belagerungszustand über Berlin

verhängte, war der Gutsherr von Schönhäusen eifrig hinter dem Vorhange tätig, um dem Monarchen wieder entschiednen Willen einzuflößen und ihn dabei festzuhalten.

Als endlich das Ministerium eine Verfassung mit ziemlich weitgehenden freiheitlichen Zugeständnissen aufzwang und Neuwahlen anordnete, die zwar indirekt, aber geheim waren und nach dem Kopfzahlssystem vorgenommen wurden, kehrte Bismarck von der Hauptstadt nach Schönhäusen zurück, unter den Eindrücken der Parlamentsauflösung von Ungeduld verzehrt, ein Kammermandat zu erhalten, um seine Meinungen auf der Tribüne zur Geltung bringen zu können. In seinem Heimatskreise war es ihm im Frühjahr nicht gelungen. Jetzt bot sich ihm im nachbarlichen Wahlkreise Brandenburg-Westhavelland-Zauch-Belzig eine günstige Aussicht.

Dieser Wahlkreis bietet im Sturmjahre 1848 recht eigentlich einen Mikrokosmos der revolutionären und der antirevolutionären Bewegungen Preußens. Der Freiheitsrausch, der von der Hauptstadt ausging und dort sich am heftigsten austobte, hat zunächst in Stadt und Land der Provinz ansteckend gewirkt. Am stärksten loderte die Flamme der revolutionären Begeisterung natürlich in den Städten: Brandenburg, Rathenow, aber auch in kleinern wie Belzig, Werder u. a. Von den stark herausfordernd auftretenden radikalen Elementen in der Stadt Brandenburg weiß ein altes Demokratenstmählied zu berichten, ohne daß sich doch bezeichnende Einzelheiten anführen ließen. Die Spalten der Tagesblätter füllten sich mit politischem Inhalt, für die Opfer der Berliner Barrikadenkämpfe wurde eifrig gesammelt, freiheitlich gesinnte Vereine wie der Konstitutionelle Klub und der Demokratische Verein entstanden. Im Ende Mai kam es zu einem wilden Tumult aufgeregter Tuchmachergesellen, nach dem hauptsächlich bedrohten Meister „der Dähnesche Krieg“ benannt, der mit Mühe von der Bürgerwehr gestillt wurde. Aber daneben bekundete doch die Bürgerschaft, abgekühlt durch empörende Vorgänge in der Hauptstadt wie den Zeughaussturm und andre Pöbelausfrenzungen, bald nach den Märztagen offen ihren preußischen Patriotismus. Während es im Kreise Westhavelland vorkam, daß ein demokratischer Landpfarrer im Kirchengebet eigenmächtig den Namen des ihm verhassten Prinzen von Preußen ausließ, sandte die Brandenburger Stadtbehörde und der Konstitutionelle Klub der Regierung ihren Dank für die Rückberufung des Prinzen aus England, und die Einwohner bereiteten dem Heimkehrenden am 7. Juni auf dem Bahnhofe einen festlichen Empfang. Und als der Brandenburger Handwerkerverein am 10. September in der gewaltigen Stärke von 1400 Köpfen nach Potsdam fuhr, zog er vor das Babelsberger Schloß, um dem Prinzen eine Guldigung zu bereiten, wurde von diesem und seinem Sohne freundlich empfangen, und es heißt sogar, die Prinzessin Augusta habe die Fahne des Vereins geküßt. Neben den liberal denkenden Vereinen bildete sich schon Ende April 1848 ein patriotischer, d. h. nach damaligem Sprachgebrauch ein

konservativ=monarchistischer Verein, der schon im Juli verschiedne gegen republikanische Bestrebungen gerichtete Flugschriften verbreitete.

Die gut preußische Gesinnung der Brandenburger Bürgerschaft, die sich neben und gegenüber der Begeisterung für die Einigung des deutschen Vaterlandes behauptete, tat sich in manchen Anzeichen kund. Ein Fest zu Ehren des neugewählten Reichsverwesers, des österreichischen Erzherzogs Johann, das von demokratischer Seite angeregt wurde, fand keinen Anklang. Dagegen vereinte die Rückkehr des Füsilierbataillons des zwanzigsten Regiments aus dem schleswig-holsteinischen Kriege alle Kreise und Parteien der Stadt Brandenburg, und jubelnd wurden die heimkehrenden Krieger von den Veteranen, der Bürgerwehr, den Schützengilden, den Innungen und dem Handwerkerverein mit seiner schwarzrotgoldnen Fahne eingeholt. Der Oberbürgermeister Ziegler hielt dabei eine feurige Ansprache, in der er im Namen der Bürgerschaft dem Königtum den Treuschwur erneute und die Fahne des Bataillons küßte. Bei dieser Stimmung der Mehrheit der Bürgerschaft verlor Ziegler, wie er selbst berichtet, ganz außerordentlich an Ansehen in der Stadt, als er sich, im Oktober 1848 im Kreise Zauch-Bezig durch die Bemühungen des Adels in die Nationalversammlung gewählt, der ihn in Ermangelung eines Parteigenossen auf den Schild erhob, ganz gegen seine bisher bekundete politische Richtung der Linken anschloß und dem Steuerverweigerungsbeschluß beitrug. Das Verhalten der Nationalversammlung und die Verlegung des Parlaments nach Brandenburg fanden geteilte Aufnahme in der Stadt. Während sich die Stadtverordnetenversammlung für das trogige Parlament erklärte, nahmen der Magistrat, der Patriotische und der Kriegerverein eine entgegengesetzte Haltung ein. Die politischen Gegensätze spitzten sich immer mehr zu, und ein lebhafter Preßstreit entbrannte am Ende des Jahres in den beiden Blättern der Stadt.

In den kleinern Städten Rathenow, Bezig, Werder, Brück, Niemegeß scheint die demokratische Stimmung lange vorgewogen zu haben, sodaß die konservative Werbetätigkeit vom Lande her dort heftigen Widerstand fand. Dagegen gelang es namentlich in der Zauche dem leidenschaftlichen Rittmeister Albert von Arnstedt in Groß-Kreuz, das Landvolk gegen die revolutionäre Bewegung in den Städten zu organisieren. Der hitzköpfige Ultra, von den Zeitgenossen „der tolle Arnstedt“ genannt, der seine streng konservative Gesinnung mit urwüchsigem Kernflüchen und trogigen Gegnern gegenüber wohl auch mit der Hezpeitsche zur Geltung zu bringen suchte, wußte durch seinen royalistischen Feuereifer und seine volkstümliche Verbheit seine schwerfälligen havelländischen Bauern mit fortzureißen und gründete Anfang Juli in Lehnin einen patriotischen Verein, der bald hundert Dörfer und schon im August annähernd tausend Mitglieder umfaßte. *) Als dann im November 1848 das

*) Über v. Arnstedts Tätigkeit und seine Beziehungen zu Bismarck danke ich Herrn Dr. Friedrich Meusel, dem verdienstvollen Herausgeber der Erinnerungen Friedrichs von der Marwitz, reiche Mitteilungen aus dem Familienarchiv von Groß-Kreuz.

Gerücht nach der Zauche drang, der König sei selbst in Potsdam in persönlicher Gefahr und bedürfe des Beistands seines getreuen Landvolks, strömten bei Groß-Kreuz, Werder und im Havellande an tausend bewaffnete Bauern zusammen und zogen nach Potsdam, wo sie der König, der inzwischen seine Truppen um sich sah, mit Dank und Anerkennung entließ. Auch im Kreise Westhavelland nördlich von Brandenburg zeigte sich ähnliche Gesinnung. Die Dorfgemeinde Barnewitz ließ es sich nicht nehmen, Königs Geburtstag (am 15. Oktober) durch ein mächtiges Freudenfeuer zu begehen und machte diese vaterländische Absicht öffentlich im Kreisblatt bekannt, um Nachahmung zu wecken. In diesem Dorfe wurde auch eine Adresse der ländlichen Gemeinden in Westhavelland an den König beschossen, die ihn der Treue der Bauern versicherte und sich entschieden auf die Seite der Regierung in ihrem Kampfe mit der Nationalversammlung stellte. Im Verfolge dieser Bewegung konstituierte sich der patriotische Verein des Westhavellands, der schon früher entstanden, aber wieder eingeschlafen war, am 14. Dezember 1848 in Friesack von neuem unter dem Vorsitz des Amtmanns Winterfeld zu Regür, der nachher neben Bismarck zum Kammerabgeordneten gewählt wurde, und in Gegenwart einer Abordnung des Berliner Patriotischen Vereins.

Es ist klar, daß ein Mann von den feudalen Anschauungen Bismarcks wohl bei dem Landvolke des Wahlkreises Anklang finden, aber nicht ohne weiteres in der Stadt Brandenburg Boden fassen konnte. So stark die Ernüchterung, die Wiederbefinnung auf preußischen Patriotismus unter den Beamten, den alten Kriegern, den kleinen Bürgern sein mochte, so waren doch die Konservativen der Stadt in ihrer Mehrheit durchaus gemäßig. Unter diesen Umständen war es für Bismarck sehr günstig, daß ihm gegenüber der schon genannte Oberbürgermeister Ziegler kandidierte, der sich in der Stadt durch rücksichtsloses Durchgreifen manche Feinde gemacht und neuerdings durch seinen jähen Gesinnungswechsel von absolutistischer Richtung zur entschiedensten Demokratie bei Rechts- und Linksstehenden allgemeine Verblüffung erregt hatte.

Die erste Anregung zu Bismarcks Wahlkandidatur in Brandenburg scheint die Anwesenheit der jungen Gattin des Brandenburger Strafanstaltsdirektors Warschall, Franziska geborne von Puttkamer, einer Cousine der Gattin Bismarcks, in Schönhausen gegeben zu haben. Ihr wollte der Bundestagsgesandte, wie er später im Scherz sagte, seine Karriere verdanken. Warschall war Vorsitzender des Patriotischen Vereins und trat, obwohl er selbst zu kandidieren gedachte, sogleich mit Feuereifer für den hochbegabten Verwandten ein, wie er auch Arnstedt für ihn gewann. Ins Gewicht fiel auch, daß der rührige Assessor Bindewald, ein Hauptkämpfer der konservativen Partei in seinem Heimatkreise Westhavelland, der selbst als Wahlbewerber für diesen Kreis in Aussicht genommen war, zugunsten des bessern Mannes verzichtete und für ihn eifrig wirkte.

In der Stadt Brandenburg tobte der Wahlkampf sehr heftig, heftiger als je vorher und nachher. Die demokratischen Bezirksvereine bezeichneten die oktroyierte Verfassung als eine Scheinkonstitution und verlangten die Vollendung der Volksherrschaft durch Verlegung der Regierungsgewalt in die Mehrheit der Kammer, also eine durchgreifende Umgestaltung der neuen preußischen Verfassung nach demokratischen Grundsätzen.

Die Konservativen dagegen fanden die Volksrechte durch die rettende Tat der Verfassungsverleihung genügend gewährleistet, erklärten es für die dringendste Aufgabe des Augenblicks, ein starkes und geachtetes Königtum zu erhalten, und brandmarkten demgemäß den Steuerverweigerungsbeschluß der Nationalversammlung, an dem sich der Kandidat der Gegenpartei Ziegler beteiligt hatte. Es ist nicht unmöglich, daß sich Bismarck selbst an dem Federstreite jener Wochen beteiligt hat. Wenigstens begegnen uns in den Lokalblättern wiederholt kleine Artikel mit —! unterzeichnet, die in rücksichtsloser Parteigängerweise die Gegner als verkappte Republikaner zu entlarven versuchen. Die letzten acht Tage vor der Wahl hielt sich der Gutsherr von Schönhäusen in Brandenburg auf, um seine Angelegenheit persönlich zu betreiben. Er wohnte in der Strafanstalt bei Barschall und schrieb von dort „an Franziskas Tischchen“ an seine Gattin sehnfüchtige Briefe. Um ihn war ein lebhaftes Treiben; Boten und Briefe kamen und gingen, und er selbst sprach wiederholt, um sich den Wahlmännern vorzustellen. Von einer dieser Versammlungen wird erzählt, daß Bismarck keinen Frack zur Verfügung gehabt und sich deshalb einen solchen von einem Gefinnungsgenossen, wie es heißt, dem Bürgermeister Brandt, einem persönlichen Gegner Zieglers, geborgt habe. Seine demokratischen Gegner pflegten das gut bezeugte Geschichtchen später als Beweis dafür zu erzählen, wie ärmlich es damals noch um den verhassten Junker bestellt gewesen sei. Das ist natürlich eine vom Parteigeist aufgebrachte Fabel; denn die Zeit war schon längst vorüber, wo Bismarck in wirklich beschränkten Vermögensverhältnissen lebte.

In vielen Lebensbeschreibungen des Fürsten wird den Rathenower Wahlmännern das Verdienst zugeschrieben, bei dieser Wahl für Bismarck den Ausschlag gegeben zu haben. Das erweist sich bei näherer Untersuchung als unrichtig. Die Wahlmänner der Stadt Rathenow standen damals noch unter dem Einfluß eines demokratischen Bürgermeisters und haben nachweislich gegen Bismarck gestimmt. Eine hübsche Wahlgeschichte, bei der Rathenow die eben angedeutete rühmliche Rolle spielt, bezieht sich vielmehr auf die zweite Wahl Bismarcks, die im Juli 1849 stattfand.

Der Vorabend der Wahl war ein Sonntag, an dem die große Mehrzahl der Wahlmänner nach dem Wahlort Brandenburg kam, und 137 sich von ihnen für Bismarck erklärten. Er hatte trotz mancher innerer Bedenken für Anerkennung der Verfassung gesprochen und im übrigen versprochen, er werde die Krone gegen die Anarchie verteidigen. Er erklärte sich für Gleichheit vor dem Gesetz, aber gegen Abschaffung des Adels, für gleiche Verteilung der Steuern

nach dem Vermögen, soweit möglich, gegen Verminderung des stehenden Heeres und für strengere Preß- und Vereinsgesetze. Trotz dieses recht konservativen Programms hatte er auch die Gemäßigten unter Konservativen und Liberalen für sich gewonnen; so stark war vor allem der Wunsch, das Königtum gegen den demokratischen Ansturm zu stärken, so groß war die Abneigung gegen seinen Gegner, den Oberbürgermeister Ziegler, dessen politisches Verhalten den meisten als zweideutig erschien.

Mit einer knappen Majorität von 9 Stimmen errang Bismarck neben dem Amtmann Winterfeld den Sieg. Von 290 Stimmen erhielt er 161, von denen aber 7 ungültig waren, weil nur sein Zuname darauf stand. In Brandenburg selbst war nur eine allerdings bedeutende Minderheit, 33 von 68 Wahlmännern, für ihn eingetreten. Der Erfolg wurde durch ein Verbrüderungsmahl der siegreichen Parteien von 400 Personen gefeiert, wo die vaterländische Begeisterung, die sich in preußischen Vaterlandsliedern erging, Adel, Bürger und Bauern in der Freude darüber vereinigte, daß die Demokratie eine Schlappe erlitten habe, und der preußischen Krone ein Vorkämpfer im Parlament gewonnen sei.

In der Tat standen sich in diesem Wahlkampfe zwischen Bismarck und Ziegler zwei entgegengesetzte Typen politischer Auffassung gegenüber, die noch lange die Geschichte Preußens beherrscht haben.

Bismarck der erfolgreiche Schildhalter des Königtums, dem es gelingt, durch seine geniale Politik ein neues Zeitalter der Monarchie heraufzuführen, und dessen gigantische Herrschernatur doch nicht immer die Fesseln getragen hat, die ihm die Pflicht als Kronvasall auferlegte; ihm gegenüber der ehemalige Oberbürgermeister der Kurstadt, ein leidenschaftlicher Anhänger der demokratischen Parlements herrschaft, der infolge seines Anteils am Steuerverweigerungsbeschlusse zu Festungshaft verurteilt und seines Amtes entsetzt, ein Opfer seiner politischen Tätigkeit geworden ist und so es gesühnt hat, daß ihn in einer verhängnisvollen Stunde der politische Ehrgeiz fortriß.

Beide sind Söhne der Mark, und in Bismarcks Briefen wie in Zieglers Novellen findet sich neben glänzenden Geistesblitzen das tiefe Naturgefühl für das niederdeutsche Flachland mit Sand und Sumpf, mit Kiefernheide und blauen Seenspiegeln. Der eine ein Sproß des trotzig selbständigen Landadels, der doch seine politische Stellung erst gewinnt als einflußreicher Vasall der Krone, der andre ein Vertreter des aufstrebenden Bürgerstandes, genährt mit dem Geisteserbe politisch mündiger Völker. Beide haben durstig am Borne deutscher und fremder Bildung gesogen. Während Bismarck aber seiner Seele Gleichgewicht erst durch die Versenkung in kindlich frommen Glauben gefunden hat, glaubt Ziegler seines Geistes Freiheit nur wahren zu können, wenn er sich an den Ideen der Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts nährt und hat mit dem Freisinn jener Zeit auch ihre Trivialität eingesogen.

Beide sind stolze Preußen. Bismarck wird von Weinkrämpfen geschüttelt, wenn er den Staat seiner Liebe bedroht sieht. In Ziegler aber lebt bei aller

Opposition gegen die absolute Krone in Zeiten der Gefahr ein starkes nationales Empfinden, wie er 1866 in Breslau rief: Das Herz der Demokratie ist allemal da, wo die Fahnen des Landes wehen. Jeder hat freilich ein grundverschiedenes Ideal von Preußens Zukunft: der eine will die alte feudal-monarchisch-militaristische Staatsordnung im ganzen erhalten in der Überzeugung, daß die Rolle dieser Elemente noch nicht ausgespielt ist. Der andre sieht das Erbe Preußens vor allem in den Idealen der protestantischen Geistesfreiheit, Toleranz und Humanität, wie sie ihm der Philosoph von Sanssouci zu verkörpern schien. So standen hier wie vor alters die beiden Gegensätze einander gegenüber, in deren Wechselwirkung und Ausgleichung nun einmal der Inhalt der preussischen Geschichte beschlossen erscheint.



Reiseeindrücke aus der Ostmark

1



Die preussische Ansiedlungskommission hat einen neuen Präsidenten erhalten. Wie üblich bei solchen Anlässen hat die Presse die Gelegenheit benutzt, die bisherige Tätigkeit der Ansiedlungskommission einer scharfen Kritik zu unterziehen und neue Wünsche an den neuen Mann zu richten. Leider hat diesmal die Kritik eine Form angenommen, wie sie der Sache nicht nur nicht förderlich sondern schädlich ist. Ein heute vorliegender Artikel des Dziennik Poznański (Nr. 148), der auch durch das Krakauer Stantschikenblatt Czas (Nr. 152) übernommen wurde, bedankt sich förmlich bei den Blättern für die Offenheit, mit der sie angebliche Intrigen innerhalb der verantwortlichen und interessierten Kreise enthüllen. Die öffentliche Meinung beschäftigt sich somit wieder eingehender mit der Polenfrage. Auch der „Fall“ Bernhard hat die Gemüter wieder lebhafter auf das Ostmarkenproblem gelenkt, und die Kölnische Volkszeitung jubelt über den vermeintlichen Zusammenbruch des Hakatismus. Unter solchen Verhältnissen ist es vielleicht an der Zeit, Eindrücke aus der Provinz Posen wiederzugeben, die ich in der allerjüngsten Zeit nach einem längern Aufenthalt in Rußland gewonnen habe. Es sind Eindrücke eines Laien, dem ein günstiges Geschick gestattet hat, die Provinz Posen unter Führung von Ansiedlungsspezialisten zu bereisen. Daneben war es mir vergönnt, mit einer großen Anzahl von leitenden Personen in der Provinz zwanglos zu verkehren und im Gespräch verschiedene Ansichten über die preussische Ansiedlungspolitik zu hören. Da es Männer aus allen politischen Lagern sowie aus verschiedenen sozialen Schichten waren, Beamte, Parlamentarier, Konservative und Freisinnige, mit denen ich zu sprechen Gelegenheit hatte, habe ich in den